2005/19 Inland

https://shop.jungle.world/artikel/2005/19/colonial-studies

Colonial Studies

Von **Stefanie Kron**

Die Buko-Jahrestagung in Hamburg machte erstmals den deutschen Kolonialismus zum Thema. Seine Bedeutung bleibt in der Linken umstritten. von stefanie kron

Maji-Maji« ist der Glaube an die eigene Unverwundbarkeit. Ein Getränk namens Maji sollte die Anhänger des Propheten Kinjikitile vor den Gewehrkugeln deutscher Soldaten schützen. Die Medizin blieb erwartungsgemäß wirkungslos, und Kinjikitiles Kämpfer gingen zum Guerillakrieg über. Das deutsche Kolonialregime antwortete mit einer Politik der »verbrannten Erde«. Sie kostete 300 000 AfrikanerInnen im damaligen Deutsch-Ostafrika das Leben.

Zum 100. Mal jährt sich dieser Tage der Beginn des so genannten Maji-Maji-Aufstandes im Süden des heutigen Tansania. Im Jahr 1905 erhoben sich zehntausende Menschen gegen die deutsche Kolonialherrschaft, gegen Zwangsarbeit und eine Form der ethnischen Segregation, die mit dem Apartheidsregime vergleichbar ist. Der zwei Jahre später mit einer vernichtenden Niederlage der Aufständischen beendete Krieg gilt als einer der größten Kolonialkriege in der Geschichte des Kontinents. Als erster Befreiungskrieg ging er in das Repertoire nationaler Mythen des postkolonialen Tansania ein. Als Rebellion der »Neger« gegen die Zivilisation wurde er hingegen im deutschen Kaiserreich interpretiert und der Begriff »Krieg« deshalb vermieden. Diese Lesart ist auch 100 Jahre später noch nicht korrigiert worden. Eine offizielle Entschuldigung Deutschlands für die während der Kolonialherrschaft begangenen Kriegsverbrechen in Tansania ist bislang ausgeblieben.

Die Vorbereitungsgruppe des Forums »Kolonialismus« der Jahrestagung der Bundeskoordination Internationalismus (Buko), die vom 5. bis zum 8. Mai in der Universität Hamburg stattfand, hat den vergessenen Maji-Maji-Krieg zum Thema einer Arbeitsgruppe gemacht. Der Umgang Deutschlands mit diesem Krieg zeige die Weigerung anzuerkennen, dass die »Bundesrepublik eine postkoloniale Gesellschaft ist«, meint Stefanie Michels von der Initiative »Versöhnen und Erinnern – deutscher Kolonialismus«.

Erst im vergangenen Jahr hat eine öffentlich zu nennende Beschäftigung mit der verdrängten deutschen Kolonialgeschichte begonnen. Auslöser war der 100. Jahrestag des Ausbruchs des Herero-Nama-Krieges im heutigen Namibia, der bis 1908 dauerte. Der

Aufstand der Herero und Nama gegen die deutsche Kolonialregierung gilt nicht nur als Zünder der antikolonialen Kriege in Afrika. Die Kriegführung der Deutschen zur Niederschlagung des Aufstandes wird auch als erster Genozid in der Geschichte moderner Gesellschaften klassifiziert. Wegen des wachsenden öffentlichen Drucks ließ sich die Bundesregierung schließlich zu einem Schuldeingeständnis bewegen. Am 14. August 2004 bat Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul die Herero und Nama medienwirksam um »Vergebung«.

Doch das Anliegen des Panels »Kolonialismus« bestand nicht allein darin, den rund 700 TeilnehmerInnen der 28. Buko-Tagung empirisches Wissen über die Folgen des deutschen Kolonialismus in Afrika zu vermitteln und für eine aktivere Erinnerungspolitik einzutreten. Ziel war vielmehr, den Begriff »Postkolonialismus« der Sphäre der Geschichts- und Kulturwissenschaft zu entheben und mit Blick auf Deutschland zu politisieren für eine Analyse von Beziehungen der Herrschaft und Unterordnung, deren Wurzeln in der Geschichte des europäischen Kolonialismus und Imperialismus zu suchen sind.

So beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe mit den Möglichkeiten der postkolonialen Kritik des Mythos von der weißen Überlegenheit. Und der Politikwissenschaftler Kien Nghi Ha wies in einem Workshop zu den Kontinuitäten kolonialer Herrschaftspraxis darauf hin, dass die Verdrängung oder Verharmlosung der deutschen Kolonialgeschichte sich auch in einer Entpolitisierung der deutschen Migrationsforschung widerspiegele. Sie blende gemeinhin die Tatsache aus, dass die Einwanderung nach Deutschland und die damit einhergehende Migrationspolitik nicht erst in den fünfziger Jahren begonnen hat. Vielmehr stelle der Beginn der deutschen Kolonialpolitik in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts zugleich den Beginn der heutigen »ethnisch unterschichteten« Arbeitsmigrationspolitik in Deutschland dar. Nghi Ha nennt die ideologische Überlappung deutscher Kolonial- und Migrationspolitik »äußere und innere Landnahme«.

Unter diesem Motto stand auch der diesjährige Buko-Kongress. Die seit 1977 ausgerichtete Jahrestagung zählt inzwischen zu den wichtigsten Treffen entwicklungspolitischer, antirassistischer und internationalistischer Gruppen in der Bundesrepublik. Dennoch zeigte sich, dass der Begriff Postkolonialismus und das politische Potenzial postkolonialer Kritik in der Linken umstritten sind. Für Ferdinand Ngninkeleji von der Flüchtlingsinitiative Brandenburg (Fib) ist die Rede vom Postkolonialismus eine Verharmlosung der nach wie vor kolonialen Situation, die sich für afrikanische Flüchtlinge in Deutschland in rassistisch motivierten Repressionsmaßnahmen wie der Residenzpflicht und einer Lagerähnlichen Unterbringung ausdrücke. Die Fib verbindet die Forderung nach Entschädigung für die Kriegsverbrechen der deutschen Kolonialregierungen in Afrika mit der nach Bürgerrechten für afrikanische Flüchtlinge in Deutschland.

Dem Vorschlag einer Gruppe des Vorbereitungskreises für die Buko 28, das Gedenken an den Aufstand der Herero zum Anlass zu nehmen, um Kolonialismus und Postkolonialismus zum Motto der Jahrestagung zu machen, war die Mehrheit der 150 Mitgliedsgruppen hingegen aus anderen Gründen mit Skepsis begegnet: Das Thema sei zu »historisch« und biete nicht genügend handlungsrelevante Anknüpfungspunkte. Schließlich einigte man sich auf den unverbindlicheren Begriff »Landnahme«, und der »Kolonialismus« blieb neben »Arbeit, Migration, Subjektivität« und »Biopolitik« nur eines von drei Foren.

Ein Teilnehmer des Kongresses kritisiert das Motto Landnahme als »Containerbegriff« und findet es »merkwürdig«, dass ein »internationalistischer Zusammenhang, der seit fast 30 Jahren existiert, nicht ein einziges Mal den Schwerpunkt deutschen Kolonialismus gewählt hat«. Alexander Schudy, Pressesprecher der Buko, hält die Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus für ein internationalistisches Thema »par excellence«, das von der »Universität in die Bewegung« getragen werden solle.

»Wenn es um die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte geht, steht zu Recht die Shoa im Vordergrund, oder Kolonialismus wird unter Imperialismus subsumiert«, erklärt Anke Schwarzer von der Vorbereitungsgruppe des Forums »Kolonialismus« die Zurückhaltung der Buko, das Thema auf die gemeinsame Agenda zu setzen. Zudem spiegele sich auch in der Linken das mangelnde kollektive Bewusstsein der bundesdeutschen Gesellschaft, was die deutsche Kolonialgeschichte betrifft. »Deutschland wird als postfaschistische und nicht auch als postkoloniale Gesellschaft gesehen«, sagt Schwarzer. Diesem Defizit will man nun entgegenwirken. Eine ständige Arbeitsgruppe »Postkolonialismus« soll in der Buko eingerichtet werden und ein antikoloniales Netzwerk entstehen. Doch zunächst steht eine Diskussion um Formen der Erinnerung an: »Uns geht es vor allem darum, die kolonialen Aspekte der beiden Weltkriege deutlich zu machen«, sagt Heiko Möhle vom Eine-Welt-Netzwerk Hamburg. »Wir wollen keine Erinnerungskonkurrenz.«

© Jungle World Verlags GmbH